

SPD-Zeitung für Planegg

der Würmkauz

Nr. 84

Nachrichten aus dem SPD Ortsverein Planegg

Frühjahr 2011

Regionalwerk Würmtal energiepolitisch auf dem Weg in die Zukunft



Annemarie Detsch
1. Bürgermeisterin, Planegg



Christine Borst
1. Bürgermeisterin, Krailling



Brigitte Servatius
1. Bürgermeisterin, Gauting

Mit den Beschlüssen der Gemeinderäte von Gauting, Krailling und Planegg im Dezember 2010 wurde der Grundstein für das Regionalwerk Würmtal gelegt.

Gemeinsam wollen die Gemeinden mit dem Partner Stadtwerke München den Weg der Rekommunalisierung des Stromnetzes und eines Stromvertriebs, der konsequent auf regenerative Energien setzt, gehen. Wie kam es dazu?

Bereits kurz nach den Kommunalwahlen 2002 wurden im Würmtal zwischen den Gemeinden erste Gespräche darüber geführt, das Aus-

laufen der Konzessionsverträge der Gemeinden zu harmonisieren. Die Harmonisierung der Laufzeiten sollte auch die Möglichkeit eröffnen, die Stromnetze in eigene, kommunale Hände zu nehmen, um den Bürgerinnen und Bürgern auch in diesem Bereich – ähnlich wie beim Würmtal – Zweckverband für Wasser und Abwasser - ein regionales Angebot machen zu können. Die Übernahme der Stromnetze schafft die wirtschaftliche, personelle und technische Grundlage für ein weitergehendes Engagement in der Energieversorgung, z.B. der Nutzung erneuerbarer Energien.

Einig war man sich darüber, dass die Gründung eines Regionalwerks zusammen mit einem starken Partner aus der Energiewirtschaft erfolgen muss, um dem gemeinsamen Unternehmen von vorne herein das nötige Know-how zu geben.

Nach Ablauf der kurzfristigen Konzessionsverträge und Bekanntmachung der Ausschreibung sowohl der Konzessionen als auch der Partnerschaft wurden 2009 mit den Bewerbern Gespräche geführt, die das Ziel hatten, eine Gesellschaft zu gründen, deren Anteile mehrheitlich von den Gemeinden gehalten werden.

Fortsetzung Seite 2

Regionalwerk Würmtal

Fortsetzung von Seite 1

Nach intensiven Verhandlungen haben die Gemeinden entschieden, diese Gesellschaft zusammen mit den Stadtwerken München zu gründen. Die Stadtwerke München haben die aufgestellten Kriterien für die Partnerwahl sehr weitgehend erfüllt und sich in den nachfolgenden Detailverhandlungen bereits als ein Partner erwiesen, der seine Zusagen konsequent einhält.

Warum wollen sich die Gemeinden in der Energieversorgung engagieren?

Rekommunalisierung bedeutet die Rückführung von Aufgaben in kommunale Hände, an denen die örtliche Gemeinschaft ein großes Interesse hat.

Man kann hier sicher von einem Paradigmenwechsel sprechen: Es geht um die Wahrnehmung der öffentlichen Verantwortung für die örtliche Infrastruktur und die Energieversorgung an Stelle von „Privat vor Staat“. Gleichzeitig wissen wir durch den Würmtalzweckverband bereits, dass kommunale Werke bei unseren Bürgerinnen und Bürgern eine hohe Akzeptanz haben und das Vertrauen genießen. Wir wollen in dem für unsere Gemeinden wichtigen Energiesektor die gemeindliche Steuerungsfunktion sicherstellen und die Daseinsvorsorge in unserer Hand halten. Am wirtschaftlichen Erfolg des Regionalwerks haben die Gemeinden dauerhaften Anteil, zum Wohle unserer Bürgerinnen und Bürger.

Dabei hat auch eine Rolle gespielt, dass die Stromnetzbetreiber über Transportmonopole verfügen. Auch unter Verfechtern der Marktwirtschaft herrscht Einvernehmen darüber, dass Monopole in privater Hand keine Vorteile bringen. Als Stromanbieter und im Bereich der Stromerzeugung muss sich das Regionalwerk dem Wettbewerb stellen. Das soll das Regionalwerk mit konsequent umweltschonenden und nach Möglichkeit preisgünstigen Angeboten tun. Für die Würmtalgemeinden ist das Regionalwerk ein Instrument, mit dem sie einen Beitrag für eine sichere umweltschonende und bezahlbare Energieversorgung leisten möchten.

Die Rekommunalisierung bedeutet auch die Sicherung und Stärkung des Standorts, der Arbeitsplätze und der Wertschöpfung vor Ort. Wir wollen den Ausbau regenerativer Energien und zukunftsfähiger Infrastrukturen wie Glasfasernetze fördern. Da uns in den Gemeinden heute dafür noch das Know-how fehlt, gerade auch we-

gen des komplexer gewordenen energiewirtschaftlichen Umfeldes, haben wir an unsere Seite die Fachkompetenz eines starken Partners geholt.

Welche Aufgaben wird das Regionalwerk übernehmen?

Zunächst wird das Regionalwerk das Stromnetz in den drei Gemeinden übernehmen. Damit die technische Netzübernahme reibungslos verläuft und das Netz von Anfang an sicher und zuverlässig betrieben wird, wird die Aufgabe des Netzbetriebs zunächst von den Stadtwerken München übernommen. Dazu wird das Netz vom Regionalwerk an die Stadtwerke verpachtet. Die Pacht verschafft dem Regionalwerk auch sofort Einnahmen.

Schon im Laufe des Jahres 2011 wird der Stromvertrieb aufgebaut. Die Bürger und Unternehmen im Würmtal werden voraussichtlich bereits ab dem 01.01.2012 Strom vom Regionalwerk beziehen können.

Weitere Geschäftsfelder können die Übernahme und der Betrieb von Wärmeversorgungsnetzen, die Übernahme und der Betrieb des Gasnetzes, der Gasvertrieb, der Aufbau von umweltschonenden Strom- und Wärmeerzeugungsanlagen und der Auf- und Ausbau des Glasfasernetzes sein.

Welche Leitgedanken liegen dem Regionalwerk Würmtal zu Grunde?

- Das Regionalwerk Würmtal als vollständiges kommunales Versorgungsunternehmen wird von Beginn an ökologisch erzeugten Strom für die Bürger im Würmtal anbieten und unterstützt die „lokale Energiewende“.

- Gewinne bleiben in der Region und kommen den Bürgern unmittelbar zugute.

- Perspektivisch kann neben Strom auch Gas und Wärme „aus einer Hand“ angeboten werden.

- Die SWM als starker Partner im Hintergrund garantieren die Eigenständigkeit und Wettbewerbsfähigkeit.

- Das Regionalwerk Würmtal nutzt effiziente Vertriebswege unter Berücksichtigung der örtlichen Situation

Nach der Gesellschaftsgründung, die für März 2011 vorgesehen ist, wird in einem ersten Schritt die Übernahme des Netzes erfolgen und der Stromvertrieb vorbereitet werden.

Die Gemeinderäte unserer Gemeinden haben sich einstimmig für diesen zukunftsgerichteten Weg entschieden. Wir werden Sie über die Möglichkeiten, die Ihnen das Regionalwerk Würmtal bietet, stets auf dem Laufenden halten.

Annemarie Detsch,
Christine Borst,
Brigitte Servatius

Impressum
Herausgeber:

SPD-Ortsverein Planegg, www.spd-planegg.de
Rudolfstrasse 112, 82152 Planegg
Tel. (089) 17 10 43 75

Redaktion: birgit Naumann
Fotos/Bilder: Andrea Stözl, Susi Knoll, Jan Roeder, SvJ,
Gemeinde Gauting, Gemeinde Planegg, Privat

Layout: birgit Naumann
Druck: Satz-Bild-Grafik, Martinsried
Auflage: 6.000

Regionalwerk Würmtal – beispielgebend für den Landkreis Starnberg

Der Landkreis Starnberg hat sich – wie viele andere Landkreise in Oberbayern – auf den Weg zur Energiewende gemacht.

Nach einem einstimmigen Beschluss des Kreistages soll bis zum Jahr 2035 die Vollversorgung mit erneuerbaren Energien erreicht werden. Die Einsparung von Energie, insbesondere im Gebäudebestand, sowie eine nachhaltige, regionale Energieversorgung durch kommunale Stadt- und Gemeindewerke wird von großer Bedeutung sein.

Für zahlreiche Kommunen im Landkreis Starnberg laufen in den kommenden Jahren die Konzessionen, also die Betreiberrechte für die lokalen Strom- und Gasnetze, aus. Es stellt sich die Frage, ob die Verträge mit einem großen Energiekonzern (EON) verlängert oder über Alternativen nachgedacht werden soll. Mit der Gründung des Würmtalwerks haben die angeschlossenen Gemeinden eine Vorreiterrolle übernommen. Dabei geht es nicht nur um jene verlässlichen Gewinne aus dem Netzbetrieb, die bisher in die Taschen eines internationalen Energieversorgers und nicht in die Gemeinden geflossen sind. Vielmehr wird mit der Rekommunalisierung auch das energiepolitische Ziel eines Ausbaus der erneuerbaren Energien verfolgt. Aus Sicht der SPD im Landkreis Starnberg ist es wünschenswert, dass in den kommenden Jahren weitere Kommunen die Weichen richtig stellen und dem Beispiel Regionalwerk Würmtal für eine zukunftsorientierte Energieversorgung folgen!



Tim Weidner
Vorsitzender der SPD-Kreistagsfraktion
SPD-Kreisvorsitzender



Michael Müller, SPD
Bundesvorsitzender der NaturFreunde Deutschlands,
sachverständiges Mitglied der
Enquete-Kommission „Wachstum,
Wohlstand, Lebensqualität“



Politischer Frühling

Das Ende des Wachstums am Beginn eines neuen Fortschritts

Freitag, den 8. April

19:30 Uhr

Wintergarten

Heide Volm

Die Grenzen des Wachstums sind das Megathema der nächsten Jahre. Wir erleben einen Epochenbruch, denn Wachstum war in der Vergangenheit, insbesondere zwischen 1950 und 1975, die große Fortschritts- und Integrationsmaschine. Wachstum war die Antwort auf die Probleme der Gegenwart und die Hoffnung auf eine gute Zukunft. Das ist vorbei.

Ökologisch: Allein die Städte Berlin, Hamburg und München beanspruchen die gesamte biologische Kapazität unseres Landes. Der Klimawandel kommt rasant auf uns zu. Der Höhepunkt der Ölförderung ist erreicht. Der demografische Wandel macht klar, dass die Sozialsysteme nicht mehr von einem hohen Wachstum abhängig sein dürfen. Von Jahrzehnt zu Jahrzehnt sinken die Wachstumsraten. Deshalb brauchen wir eine Politik der Nachhaltigkeit. Nur sie kann den Absturz in Chaos und Niedergang verhindert werden.

Energiewende statt Schlingerkurs!



50.000 Menschen zeigen in München Flagge gegen Atomkraft. Schüler bestücken ihre Schulsachen mit Aufklebern: „Atomkraft? Nicht schon wieder!“.

Diese Momente versetzen uns in die 1980-er Jahre, als wir gegen die geplante Wiederaufbereitungsanlage in Wackersdorf eine BürgerInnenbewegung erlebten und meine Schülergeneration „Atomkraft? Nein Danke!“ – Buttons trug.

In der Tat hat uns Schwarz-Gelb energiepolitisch in längst vergangenen geglaubte Zeiten versetzt: mit der Verlängerung der AKW-Laufzeiten in Deutschland und der Aufkündigung des unter Rot-Grün beschlossenen Atomausstiegs.

Damit war im Jahr 2000 ein Graben überwunden worden, der jahrzehntelang unsere Gesellschaft gespalten hatte. Deutschland schrieb Geschichte und setzte weltweit Maßstäbe in der Energiepolitik.

Mit dem Gesetz für Erneuerbare Energien wurde nicht nur der Weg in die Energieversorgung der Zukunft gewiesen, sondern auch die Grundlage für eine volkswirtschaftliche Erfolgsgeschichte gelegt:

zwischen 2000 und 2009 hatte es stetig wachsende Investitionen zur

Stromerzeugung aus Erneuerbaren Energien in Deutschland ausgelöst, insgesamt über 64 Milliarden Euro. Das EEG hat sich als Jobmotor erwiesen: 360.000 Menschen arbeiten heute im Bereich der Erneuerbaren Energiegewinnung.

In der Atomindustrie sind es lediglich 30.000.

Die Bundesregierung tut momentan alles, dass Deutschland seine Technologieführerschaft verliert und Anlagen in Zukunft im Ausland produziert werden. Die regionalen Monopole von RWE, E.on, Vattenfall und EnBW werden nun strukturell und finanziell erheblich gestärkt, die Erneuerung des Kraftwerksparks behindert und damit die Versorgungssicherheit verringert.

Was wir für die Energieversorgung der Zukunft brauchen ist hingegen: echter Wettbewerb, die weitere Unterstützung der Innovationen im Bereich Erneuerbarer Energien inklusive Verbesserung der Energieeffizienz und -einsparung.

Das Reaktorunglück von Tschernobyl am 26. April 1986 hat eine ganze Generation geprägt und verdeutlichte: die Atomenergie birgt auch in ihrer zivilen Nutzung die größte vom Menschen selbstgeschaffene Zerstörungskraft – nicht nur in der Theorie.

Am Ende der „strahlenden“ Kette steht die ungelöste Frage der Endlagerung. Das Salzbergwerk ASSE II in Niedersachsen ist hierfür ein Tatort beispielloser Verantwortungslosigkeit. 125 000 Fässer mit radioaktivem Müll wurden dort bis 1978 eingelagert und heute droht das Salzbergwerk regelrecht abzusaufen.

Daher kann Atomenergie niemals eine Brücke sein. Sie ist ein fataler Irrweg.

Herr Söder, schalten Sie Ihren Verstand ein und ISAR I ab! Schluss mit den Milliarden-Geschenken an die Energieriesen auf Kosten unserer Zukunft!

Natascha Kohnen

MdL

Generalsekretärin der BayernSPD

**Ja zum Atomausstieg!
Für Bayerns Zukunft!**

Keine Laufzeitverlängerung von Kernkraftwerken!



www.natascha-kohnen.de
Sprechstunden im SPD-Bürgerbüro Planegg:
jeden 1. und 3. Montag im Monat
14.00 bis 16.30 Uhr

Der Kreistag hat am 20. März 2006 folgenden Beschluss gefasst:

Energie-Vision für den Landkreis München

Wir setzen uns für eine Reduzierung des Energieverbrauchs im Landkreis München um 60% auf 40% des heutigen Energieverbrauchs bis zum Jahr 2050 ein. Diese dann noch 40% Energieverbrauch sollen ab diesem Zeitpunkt vollständig durch regenerative Energie abgedeckt werden.

Diese Vision kann Wirklichkeit werden u.a. aufgrund folgender Handlungsweisen:

- Energetische Sanierung von öffentlichen und privaten Gebäuden
- Einsatz stromsparender Geräte
- Verringerung des Energiebedarfs bei privaten Haushalten sowie bei Gewerbe, Handel und Dienstleistungen (Energiemanagement, Prozessoptimierung)
- Einsatz regenerativer Energiequellen für die Gebäudebeheizung (Biomasse, Geothermie, Umweltwärme)
- Regenerative Stromerzeugung (Biomasse, Photovoltaik, Geothermie)
- Flächendeckende Verwendung von Biokraftstoffen

Wir bauen und vertrauen auf den Einfallsreichtum, die Kreativität und die vielgestaltigen Kompetenzen der Menschen im Landkreis.

Um unsere Ziele zu erreichen, sind alle Bürgerinnen und Bürger des Landkreises München zur Unterstützung aufgerufen. Dabei setzen wir auf die Eigenverantwortung jedes Einzelnen und ein konstruktives Miteinander. Es gilt, insbesondere Mitwirkende aus der Landwirtschaft, aus Handwerk und Handel, Gewerbe, Industrie und Dienstleistungen sowie Kommunen und Kirchen für die Erreichung der Ziele zu gewinnen.

Es geht uns darum, die vorhandenen natürlichen Lebensgrundlagen zu erhalten, eine energetische Kreislaufwirtschaft bei einer möglichst hohen Lebensqualität zu sichern.

Neues Bürgerbüro der SPD

Am 27. Mai 2011 eröffnen die SPD Ortsvereine des Würmtales ein gemeinsames Bürgerbüro.

Öffnungszeiten:

Montag bis Mittwoch 14.00 bis 18.00 Uhr

Gemeinderäte

Donnerstag 14.00 bis 18.00 Uhr

Kreisräte

Freitag 14.00 bis 18.00 Uhr

Jusos

2 mal im Monat, montags 14.00 bis 16.30 Uhr

Natascha Kohnen, Landtagsabgeordnete

Generalsekretärin der Bayern SPD

SPD Bürgerbüro

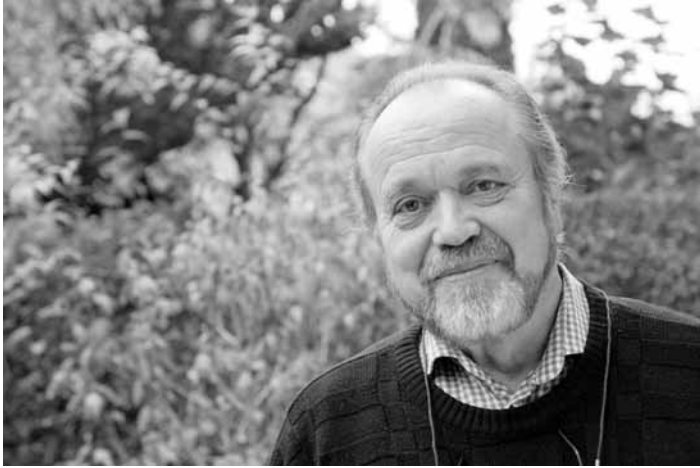
Rudolfstrasse 112

82152 Planegg

Wir laden Sie ganz herzlich ein, mit uns die Eröffnung zu feiern und uns recht oft im Bürgerbüro zu besuchen!



Erdöl und Erdgas - die endlichen Energiequellen?



Erdöl und Erdgas: Diese Primärenergie-träger sind das Produkt von Verwesungsprozessen, die über viele Zwischenformen unter hohen Temperaturen und hohem Druck letztlich zur Entstehung von Kettenkohlenwasserstoffen geführt haben – so ist es u.a. im Internet nachzulesen; dies ist die eine Theorie.

Im Labor ist es bisher nicht gelungen, das experimentell zu belegen. Aus dieser "biogenetischen" Theorie ergibt sich, dass das Erdöl irgendwann zu Ende geht, weil es rasant verbraucht wird.

Seit einiger Zeit gibt es noch eine andere Theorie, die von der sog. „abiotischen“ Entstehung von Erdgas und Erdöl ausgeht: In den tieferen Schichten der Erdkruste ist reichlich Kohlenstoff und Wasserstoff vorhanden. Unter hohem Druck und hohen Temperaturen bilden sich Kettenkohlenwasserstoffe; im Labor ist es gelungen, das nachzuvollziehen. Die „erdwaerme-zeitung“ schreibt:

„Nach der biologischen Theorie dauert es Millionen von Jahre, um aus abgestorbenen Meeresorganismen unter enormen Druck und Wärme, Öl entstehen zu lassen. Die Forscher sind sich nicht einig. Nach Meinung einiger bildet sich Öl und Gas abiotisch, aus Kohlenstoff und Wasserstoff unter hohem Druck im Inneren unserer Erde. Ein simpler Versuch, welcher erstmalig von 3SAT gefilmt wurde, untermauert diese Theorie. Eine Probe aus Kohlenstoff, Eisenoxid und Wasser wurde eine Stunde lang 30.000 Bar Druck und einer Hitze von 1400 Grad ausgesetzt. Das Ergebnis ist beeindruckend und unglaublich zugleich. (...) Die Auswertung der Versuchskapsel am Institut für Feinstoffchemie in Moskau zeigt, dass in dieser Methan, Ethan, Propan und Butan entstanden ist. Dies wäre nach westlicher Theorie unmöglich. Vladimir Kutcherov, Experimentalphysiker der Moskau State Academy, ist der Meinung, dass damit die abiotische Theorie bewiesen ist, da diese Gase nach heutiger Sicht ebenfalls nur auf biologischem Wege entstehen können. „Öl wurde, Öl ist und Öl wird bis in alle Ewigkeiten neu gebildet, sagt Vladimir Kutcherov.“

Sollte das stimmen? Diese Theorie stammt ursprünglich von russischen Forschern und war im Westen (zur Zeit des Kalten Krieges) schon aus politischen Gründen suspekt. Sie passt bis heute wahrscheinlich auch nicht zu den Interessen der großen Energiekonzerne.

Und wenn es stimmt: Die Konsequenzen wären unabsehbar. Der unendliche, immer neue Rekorde erreichende Verbrauch von Erdöl würde enorme Mengen CO₂ erzeugen und, nach dem, was gegenwärtig in den Medien zu lesen ist, auf Dauer unseren Planeten unbewohnbar machen. Es gibt aber auch eine nach menschlichen Maßstäben unerschöpfliche Energiequelle: Die Sonne liefert der Erde pro Zeiteinheit das Siebentausendfache des gegenwärtigen Weltbedarfs an Primärenergie.

Leider wird diese Energie nicht gleichmäßig verteilt, so dass man in den näher an den Polen gelegenen Gebieten immer auch auf andere Energiequellen angewiesen sein wird. Aber auch das Energiepotential der Erdkruste geht gegen unendlich. Schon für unsere Klimazone wäre ein Energiemix aus Windkraft (sekundäre Sonnenenergie) und Geothermie geeignet, die evtl. gar nicht so fossilen Energieträger weitgehend zu substituieren und damit den Ausstoß von CO₂ wesentlich zu verringern.

Quellen: www.erdwaerme-zeitung.de, Wikipedia

Deplatziert? - die Quote für Aufsichtsräte

Ein Kommentar von Bela Bach, stellv. Bezirksvorsitzende Oberbayern



Ob die Quote nun endlich „sexy“ und „en vogue“ ist (Manuela Schwesig), oder nicht; ob es paradox ist, wenn selbst die Cosmopolitan Unterschriften für die Quote sammelt oder nicht; zweifellos festzuhalten bleibt wohl, dass Bundesarbeitsministerin Ursula von der Leyen recht hat, wenn sie behauptet, die nun seit zehn Jahren bestehende freiwillige Vereinbarung, den Anteil der Frauen in Führungspositionen von Unternehmen zu steigern, sei krachend gescheitert.

Tatsache ist nämlich, dass nur 2,2 % Frauen in Vorständen der führenden DAX-Unternehmen vertreten sind, obwohl 51 % der Bevölkerung in Deutschland weiblich ist. Damit liegt Deutschland hinter Russland, China und Brasilien auf dem vorletzten Platz (-danach kommt nur noch Indien).

Die freiwillige Vereinbarung ist 2001 als Kompromisslösung entstanden, als die damalige Bundesfamilienministerin der SPD, Christine Bergmann, den von einer eigens dafür eingesetzten Kommission ausgearbeiteten und im rot-grünen Koalitionsvertrag vereinbarten Entwurf für ein Gleichstellungsgesetz in der Privatwirtschaft gegen den Widerstand der Wirtschaftsverbände und Bundeskanzler Gerhard Schröder nicht durchsetzen konnte.

Das zweistufige Konzept hätte die jährliche Bestandsaufnahme über den Stand der Gleichstellung in Betrieben mit mindestens fünf Beschäftigten vorgesehen. Hierunter wäre eine Überprüfung der Beschäftigten- und Entgeltstruktur gefallen, die vorhandene Benachteiligungen aufgedeckt hätte.

Zudem wäre für Unternehmen mit über zwanzig Beschäftigten eine Koordinierungsstelle zur Gleichstellung vorgesehen gewesen, wodurch ein betriebliches Gleichstellungsprogramm installiert werden sollte.

Diese Maßnahmen sollten den Unternehmen einen sehr weiten Rahmen bei der Ausgestaltung lassen. Strikte gesetzliche Vorgaben wären erst in einem zweiten Schritt bei Nichtbefolgung der Maßnahmen gefolgt. Jedoch wur-

de der Gesetzentwurf trotz massiver Kritik von Seiten zahlreicher Frauenverbände nicht umgesetzt.

Nun startet Bundesarbeitsministerin Ursula von der Leyen den zweiten Anlauf und fordert die gesetzlich festgeschriebene Geschlechter-Quote ab 2013, die bis 2017 auf 30 Prozent steigen soll. Dagegen setzt Bundesfamilienministerin Kristina Schröder auf diffuse Modelle der flexiblen Quote und weitere freiwillige Vereinbarungen über deren Sinn und Unsinn man aufgrund der eindeutigen Sachlage eigentlich nur schwerlich streiten kann.

Verfolgt man nun die Diskussionen, die Plädoyers in SZ, Cicero und SPIEGEL für die Quote und für Frauenförderung in der Wirtschaft, schleicht sich bei so manchem/er linken Zeitgenoss/in zurecht ein seltsames Gefühl der Deplatziertheit ein, wenn linke, reformorientierte Forderungen über Nacht von eben jenen Kräften gefordert werden, gegen die man diese Forderungen traditionellerweise eigentlich durchsetzen müsste. Kritisch zu sehen ist hier allerdings die Art und Weise der Argumentation.

Demnach soll die Quote in Aufsichtsräten vor allem aufgrund der Qualitäts-, Effizienz- und Produktivitätssteigerung, die von

gemischtgeschlechtlichen Vorständen ausgeht, eingeführt und legitimiert werden. Das hat zumindest das Beispiel Norwegen gezeigt. Dieses markt- und gewinnorientierte Argumentationsmuster verwenden nicht nur diejenigen, die auch öffentlich für Markt- und Gewinnorientierung stehen, sondern neben Elke Ferner, Bundesvorsitzende der AsF, z.B. auch Alice Schwarzer. Eindeutig in den Mittelpunkt der Argumentation sollte dagegen vielmehr der gesellschaftliche und verfassungsrechtlich verankerte Auftrag von Gleichberechtigung gerückt werden. Es geht, wenn man Mitgestaltung, Verantwortung und Einfluss für Frauen fordert, eben nicht zwangsläufig nur um Gewinnoptimierung, sondern um die Beseitigung von Diskriminierung aufgrund der Zugehörigkeit zu einem bestimmten Geschlecht. Diese Qualitäts-, Effizienz- und Produktivitätssteigerung von gemischtgeschlechtlichen Vorständen ist, so die Argumentation, auf bestimmte weiblich konnotierte Merkmale zurückzuführen, die neue Blickwinkel und Sichtweisen eröffnen sollen. Frauen werden also ureigene weibliche Merkmale zugeschrieben, die allein die

Deplatziert? - die Quote für Aufsichtsräte

Fortsetzung von Seite 7

Eignung für einen bestimmten Posten ausmachen. Unbegründete traditionelle Geschlechterbilder, nach denen es spezifisch weibliche und spezifisch männliche Merkmale gibt, werden damit zementiert. Von echter Gleichstellung, die gerade auf die Auflösung von Rollenmustern abzielt, kann also keine Rede sein. Vielmehr findet eine Ökonomisierung biologisch nicht nachweisbarer Geschlechterdifferenzen statt. Offensichtlich ist also, dass die aktuelle Quotendiskussion weder auf die Aufhebung ungerechter Strukturen auf dem Arbeitsmarkt abzielt noch anderweitige Diskriminierungsmechanismen

in Frage stellt. Es geht um die alleinige Einführung der Quote zur Steigerung der Effizienz für Unternehmen unter fortschreitender Ausbeutung der Arbeitnehmerinnen und unter Beibehaltung der (geschlechter-)ungerechten Arbeitsmarktstrukturen. Für wirkliche Veränderungen bedarf es hier als Grundvoraussetzung sicherlich der Quote in Aufsichtsräten und weiteren Führungspositionen, daneben aber auch vieler weiterer Begleitmechanismen wie z.B. ausreichende Kinderbetreuungsmöglichkeiten.

Währenddessen tobt die Diskussion weiter und Ministerin Kristina Schröder verspricht,

dass die „flexible Quote“ einen gleichstellungspolitischen Diskurs entfachen werde, „wie wir ihn in dieser Qualität bisher nicht erlebt haben“. Dann darf man ja gespannt sein. Viel zutreffender fasst meiner Meinung nach die stellvertretende Vorsitzende der FDP-Bundestagsfraktion, Miriam Gruß, die politischen Aussichten dieser verspäteten Debatte zusammen: die Vorgängerregierungen hätten 15 Jahre Zeit gehabt, eine gesetzliche Frauenquote einzuführen, „die FDP ist dafür der falsche Koalitionspartner.“

Bela Bach



Prof. Dr. Ernst Kistler
Leiter des Internationalen Institutes für empirische Sozialökonomie, Wissenschaftlicher Mitarbeiter bei der gesetzlichen Rentenversicherung „Forschungsnetzwerk Alterssicherung“

Neujahrsempfang 2011

Beim traditionellen Neujahrsempfang der Planegger SPD sprach heuer Prof. Dr. Ernst Kistler über das Thema „Die soziale Lage in Bayern - droht steigende Armut?“

Bürgermeisterin Annemarie Detsch wies in ihrer Einführung daraufhin, dass auch in Planegg die Kluft zwischen Arm und Reich größer werde. Die Gemeinde habe deshalb den Eulenpass eingeführt, der es auch finanziell schlechter Gestellten ermöglicht, am kulturellen und sozialen Leben der Gemeinde teilzunehmen.

Prof. Kistler zeigte auf, dass Bayern den höchsten Wert an Altersarmut bundesweit habe, jede 5. ältere Frau in Bayern lebe unterhalb der Armutsgrenze. Bayern aber sei ein reiches Land, meinte Kistler, hier sei etwas zu verteilen!



Ganz herzlichen Dank an Diakonin Marina Müller für die Bereitstellung der Räumlichkeiten und an die Jugendlichen des Dietrich-Bonhoeffer-Hauses für das gelungene Buffet!

v.l.n.r.: Annemarie Detsch, Bernd Gropper, Prof. Kistler, Bela Bach und birgit Naumann